

## Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,  
liebe Leserinnen  
und Leser,

anders als gelegentlich behauptet, ist diese große Koalition noch lange nicht am Ende und sehr wohl noch handlungsfähig. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Familienpolitik. Ab dem 1. Juli wird das Kindergeld um zehn Euro monatlich erhöht. Auch der Kinderzuschlag steigt auf bis zu 185 Euro. Durch unsere grundlegende Reform dieser Leistung werden 1,2 Millionen mehr bedürftige Kinder erreicht. Ab dem 1. August werden

zudem die Leistungen für das Bildungs- und Teilhabepaket angehoben.

Die Opfer des SED-Unrechts müssen auch in Zukunft weiterhin Gerechtigkeit erfahren. Die Aufarbeitung und Wiedergutmachung hat auch 30 Jahre nach dem Mauerfall nicht an Bedeutung verloren. Wir haben uns als Union deshalb dafür eingesetzt, die Rehabilitierungsgesetze, welche die rechtliche Grundlage für Entschädigungen bilden, zu entfristen. Damit wird den Geschädigten geholfen, die nun erst den Weg zu einem Rehabilitationsver-

fahren beschreiten können. Zudem haben wir einen Antrag beschlossen, mit dem wir das dunkle Kapitel von Zwangsadoptionen in der SBZ und der DDR von 1945 bis 1989 aufklären wollen. Auch dieser Teil des DDR-Unrechts darf nicht ad acta gelegt werden, sondern bedarf der Aufklärung sowie der Hilfe für die Opfer.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

### Schabbat Schabbat

Im Rahmen der CDU-Aktionswoche "Von Schabbat zu Schabbat - gemeinsam gegen Antisemitismus" besuchte ich zusammen mit CDU Frankfurt Oder die jüdische Gemeinde in Frankfurt (Oder). In einer einstündigen Führung durch die selbstgeschaffenen Ausstellungen im Haus der Gemeinde berichtete die Vorsitzende Larissa Bargtel über die Geschichte des jüdischen Lebens in Frankfurt (Oder), die bis ins 14. Jahrhundert zurückgeht. Anschließend wurde gemeinsam Schabbat gefeiert.

Unsere jüdischen Mitbür-



ger sind unverzichtbarer Teil unserer Gemeinschaft und erfahren unsere Wertschätzung. Am besten kann das gelingen, indem man miteinander redet und sich füreinander Zeit nimmt. Eine Gedenktafel im Haus der Gemeinde

erinnerte uns alle an die Opfer des Holocaust. Ich fühle mich der jüdischen Gemeinde sehr verbunden und werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass die Juden in Deutschland in Frieden ohne jegliche Art von Diskriminierung leben.

## Wir brauchen mehr Respekt voreinander



Im Gespräch mit einem holländischen Korrespondenten über die zunehmende Bedrohung von Politikern

Der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke hat nicht nur mich erschüttert. Er macht die überwältigende Mehrheit in unserem Land fassungslos. Wir haben es hier mit dem Zenit eines eskalierenden Gewaltphänomens zu tun, das sich seit Jahren an Schulen und in der Gesellschaft bemerkbar macht. Generell ist der Umgangston in unserer Gesellschaft rauer geworden. Streitigkeiten werden heute anders ausgetragen als früher. Sie sind gewalttätiger geworden.

Zur Explosion der Gewalt haben nicht zuletzt die sozialen Medien beigetragen. Laut einer Untersuchung der Konrad Adenauer Stiftung ist hier die Hemmschwelle weitaus geringer, Dinge zu sagen, die man sonst nicht sagen würde. Hinzu kommt, dass die sozialen Medien für eine Reichweite sorgen, die dem guten alten Dorfklatsch um ein Millionenfaches überlegen ist.

Um gegen die eskalierende Gewalt von Extremisten aller Couleur anzugehen, können wir mit Aufklärung und Demokratiebildung nicht früh genug

anfangen. Was wir brauchen ist eine Rückkehr zur Mäßigung und zum gegenseitigen Respekt im Umgang untereinander. Wir als Politiker sollten in den Plenardebatten mit gutem Beispiel voran gehen.

Ich werde mich weiterhin für die Erforschung der Ursachen von extremistischen Haltungen einsetzen. Wenn wir wissen, wie Extremismus entsteht, dann steigen die Chancen für den Erfolg präventiver Maßnahmen.

Für eine positive Gestaltung unserer Zukunft brauchen wir nicht nur eine Bewegung, die sich den Schutz des Klimas zum Ziel setzt. Wir brauchen vor allem eine Bewegung, die sich den gegenseitigen Respekt auf die Fahne schreibt. Wenn sich das zwischenmenschliche Klima nicht bessert, werden wir von einem besseren weltweiten Klima nicht mehr viel haben.

## Kein deutscher Pass für Terroristen und Polygamisten

Mit der am Donnerstag (26.6.2019) im Bundestag beschlossenen Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts stellen wir sicher, dass Terrorkämpfer mit Doppelpass, Polygamisten und Personen, die zu ihrer Identität falsche Angaben machen, in Zukunft von der deutschen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen sind. Wer sich im Ausland an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung beteiligt, hat sich offenkundig von unseren grundlegenden Werten abgewandt. Alle diese Personen werden von nun an den deutschen Pass verlieren, sofern sie neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit

besitzen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland, da dadurch künftigen Terrorkämpfern der Weg zurück nach Deutschland versperrt wird. Es ist gut, dass dieses Anliegen der Union nun endlich Realität wird.

Die Mehrehe widerspricht eindeutig den elementaren Grundsätzen unserer gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung. Die CDU/CSU-Fraktion hat im parlamentarischen Verfahren durchgesetzt, dass Personen, die in Mehrehe leben, nicht mehr Deutsche werden können. Dieser Schritt war überfällig.

Nicht zuletzt haben wir eine gesetzliche Klarstellung erreicht, wonach eine Person nur

dann eingebürgert werden kann, wenn ihre Identität und ihre Staatsangehörigkeit geklärt sind. Dabei handelt es sich im Grunde um eine Selbstverständlichkeit. Schließlich sind mit der Staatsbürgerschaft grundlegende Rechte wie beispielsweise das Wahlrecht verbunden.

Der Unionsfraktion war zudem wichtig, aus Berichten der Länder über erschlichene Einbürgerungen die Konsequenzen zu ziehen. Bei nachweislich durch Täuschung, Drohung oder Bestechung erwirkten Einbürgerungen wird deren Rücknahme daher künftig zehn Jahre – also doppelt so lange wie bisher – möglich sein.

## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak  
Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak  
Beeskowerstr. 114  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

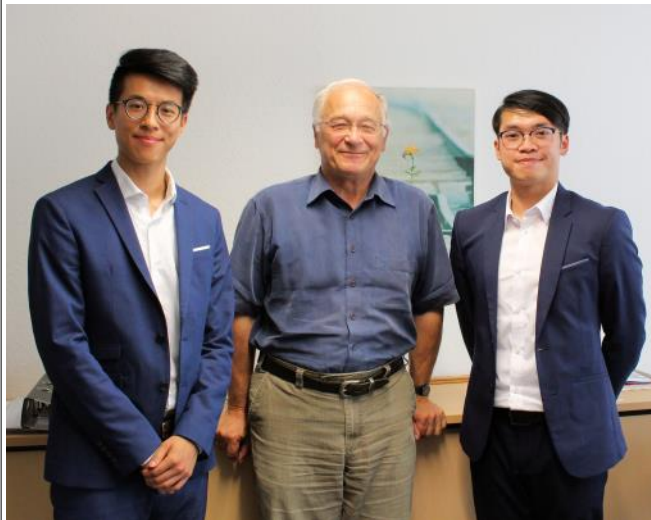
### Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Autonomie der Sonderzone Hongkong nicht verhandelbar



Zu diesem Thema besuchten mich die jungen Aktivisten aus Hongkong Ray Wong und Alan Li (von links), die heute in Deutschland als anerkannte Flüchtlinge leben.

*Eine fraktionsübergreifende Gruppe von Menschenrechtspolitikern um die Abgeordneten Margarete Bause (Grüne), Martin Patzelt (CDU/CSU) und die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Gyde Jensen (FDP), erklären zu den Protesten der Millionen Demonstranten auf den Straßen Hongkongs gegen die umstrittenen Änderungen im Auslieferungsgesetz und aus Anlass des G-20-Gipfeltreffens in Osaka:*

In den vergangenen Wochen gingen in Hongkong bis zu zwei Millionen Menschen – ein Drittel der Gesamtbevölkerung – auf die Straße, um gegen die umstrittenen Gesetzesänderungen, die Auslieferungen unter anderem nach Festlandchina ermöglichen würden, zu demonstrieren. Diese Gesetzesentwürfe stehen beispielhaft für die Aushöhlung der Autonomie

Hongkongs, welche der Sonderverwaltungszone 1997 zugesichert wurde.

Wir appellieren an die Regierung Hongkongs, die umstrittenen Gesetzesänderungen nicht nur auszusetzen, sondern formal zurückzunehmen. Als Mitglieder des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages stehen wir an der Seite der Demonstrierenden in Hongkong, die für ihre Freiheitsrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten. Anklagen wegen Aufruhrs gegen Demonstranten und Demonstrantinnen gemäß der drakonischen Verordnung über die öffentliche Ordnung, die ein Anzeichen für eine fortschreitende Einschränkung der gewohnten bürgerlichen Freiheiten sind, sind nicht akzeptabel und müssen sofort fallengelassen werden. Zudem verurteilen

wir den Einsatz von Gummigeschossen und Tränengas sowie den übermäßigen Einsatz von Gewalt durch die Polizei gegen Demonstrant\*innen und Journalist\*innen. Eine umfassende öffentliche Untersuchung der Polizeigewalt muss von einer unabhängigen Stelle durchgeführt werden.

Wir bitten Bundeskanzlerin Angela Merkel nachdrücklich, im Gespräch mit Xi Jinping im Rahmen des anstehenden G20-Gipfels zu unterstreichen, dass die Autonomie der Sonderverwaltungszone Hongkong nicht verhandelbar und das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ in vollem Umfang zu respektieren ist. Angesichts der Warnung des chinesischen Außenstaatssekretär Zhang, dass China Gespräche über Hongkong im Rahmen des G20-Gipfels nicht zulassen werde, ist es umso wichtiger, dass die Bundesregierung Farbe bekennen und einmal mehr deutlich macht, dass Menschenrechte universell gültig sind.

*Die Erklärung wurde außerdem unterzeichnet von: Dr. Lukas Köhler (FDP), Frank Heinrich (CDU/CSU), Sebastian Brehm (CDU/CSU), Matthias Zimmer (CDU/CSU), Kai Gehring, (B'90/Die Grünen), Filiz Polat (B'90/Die Grünen)*